

An die
/bb
UFE-Mitgliedsverbände

Berlin, den 13. August 2009

Information Nr. 2/2009

- 1. Nächste Sitzung des UFE-Zollausschusses**
- 2. Niederschrift über die Sitzung des UFE-Zollausschusses am 22. September 2008 in Budapest**
- 3. Niederschrift über die Sitzung des UFE-Steuer Ausschusses am 16. April 2009 in Paris**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

- Wir möchten Sie darüber informieren, dass das Präsidium eine ganztägige Zollausschuss-Sitzung für die 39. Kalenderwoche geplant hat. Dementsprechend hat der Unterzeichner bei der Gruppe III des Wirtschafts- und Sozialausschusses angefragt, ob der UFE-Zollausschuss an einem Tag in der Woche vom 21.-25. September 2009 eine Sitzung in den Räumen des Wirtschafts- und Sozialausschusses unter Zurverfügungstellung der Dolmetscherdienste abhalten kann. Eine Antwort in der Sache liegt seitens des Wirtschafts- und Sozialausschusses noch nicht vor. Wir werden Sie informieren, sobald dies der Fall ist.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir Ihnen mitteilen, dass der Vorsitzende des UFE-Zollausschusses, Kollege Jorn Rise Andersen, mitgeteilt hat, dass er aus gesundheitlichen Gründen als Vorsitzender des Zollausschusses zurücktritt, sein Amt als UFE-Vizepräsident allerdings beibehalten wird. Er hat UFE-Präsident Dieter Ondracek gebeten, Kollegen Klaus-Hilger Leprich als Vorsitzenden des Zollausschusses einzusetzen. Kollege Klaus-Hilger Leprich hat dankenswerter Weise seine Bereitschaft zur Übernahme dieser Aufgabe erklärt. Dementsprechend hat ihn UFE-Präsident Dieter Ondracek mit dem Amt des Vorsitzenden des UFE-Zollausschusses betraut.

2. Die Niederschrift über die Sitzung des UFE-Zollausschusses am 22. September 2008 in Budapest ist in der Anlage in dänisch, deutsch, englisch und französisch beigefügt.
3. Ebenfalls beigefügt ist die Niederschrift über die Sitzung des UFE-Steuerausschusses am 16. April 2009 in deutsch, englisch und französisch.

Mit besten kollegialen Grüßen

(R. Zender)
UFE-Generalsekretär

Protokoll der Sitzung des UFE-Zollausschusses am 22. September 2008 in Budapest

Tagesordnung:

- 1) Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden des ufe-Zollausschusses Kollegen Jørn Rise Andersen und ufe-Präsident Dieter Ondracek
- 2) Grußwort des Generalzolldirektors der ungarischen Zoll- und Finanzwache, Leutnant General Dr. János Nagy
- 3) Rede des Direktors Zollpolitik der Generaldirektion Steuern und Zollunion, Mr. Miroslaw Zielinski
- 4) Aktuelle Entwicklungen in den Zollverwaltungen der Länder
- 5) Entwicklungen bei den Beschauquoten bzw. den diesbezüglich zur Verfügung gestellten Ressourcen
- 6) Sachstand der Umsetzung des modernisierten Zollcodex und weitere Entwicklungen
- 7) Ausbildung / Ausbildungsstandards im Zollbereich
- 8) Geldwäscherichtlinie / Einfuhr / Ausfuhr von Bargeld
- 9) Erfahrungen mit der Bestellung von „zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten“
- 10) Begasung von Containern unter Verletzung der Kennzeichnungspflicht und die damit verbundene Gefährdung der Zollbeamten
 - a) Sicherstellung des Arbeitsschutzes der Zollbeamten in den einzelnen Mitgliedsstaaten
 - b) Verbraucherschutz in den Mitgliedsstaaten bezüglich begaster Container bzw. kontaminierter Waren
- 11) EntschlieÙung zu den spezifischen Problemen der Zollverwaltungen in Europa
- 12) Verschiedenes
- 13) Ort und Zeit der nächsten Zollausschuss-Sitzung

Teilnehmer:

Nationalität	Organisation	Name
DK	Dansk Told & Skatteforbund	Jørn Rise Andersen Vors. des Zollausschuss
B	N.U.O.D. sector Financien	Emiel Boriau
B	U.N.S.P. secteur Finances	Albert van de Sande Francois Goris
CH	Gewerkschaft des Zoll- und Grenzwachtpersonals	Giordano Schera
CZ	Spolek Ceinìkù Ceske Republiky	Václav Adam
D	Deutsche Steuer-Gewerkschaft	Dieter Ondracek Rafael Zender
D	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft	Klaus-Hilger Leprich
DK	Dansk Told & Skatteforbund	Orla Olesen Gert Ingo Leander Ole Pedersen
DK	HK/SKAT	Inge Lise Frost Anne Bille
E	Sindico Tecnico del Ministerio de Hacienda	Javier Borgueno Francisco Marquez Beatriz Briones Domingo
F	Syndicat Nationals Unifié des Impots	Serge Colin
F	Syndicat National des Cadres des Douanes	Jacky Chataigner Jacues Deffieux Alain Leblanc Sofie Lalande
FI	Tullivirkamiesliitto r.y.	Mikko Grönberg Maria Wuorisalo
GB	The Public and Commercial Services Union	Peter Lockhart Lorna Merry Margret Rathbone
H	VPFSZ	Gabor Holecz
IR	Association of Higher Civil & Public Servants	Frank O`Dwyer Mary Farrell Dave Thomas

IS	Tollvardafélag Islands	Gudbjörn Gudbjörnsson
L	Letzebuerger Douane´s Gewerkschaft	André Friden Pierre Pezzotta
L	Syndicat des Expéditionnaires et Commis de l'Administration des Contributions Syndicat des Cadres des Contributions	Christian Faber Fernand Muller
N	Norsk Tollerforbund	Tore Hagen Fredrik Støtvig
NL	Nederlandse Categoriele Vakvereniging Financien	Albert van der Smissen G.M. Klassen J. Nico Goor Huits van 't Hoff
NL	Vereiniging Middelbare en Hogere Douanefunctionarissen bij de Belastingdienst en Douane	Rigte Brouwer
S	Tull-Kust	Björn Hartvigsson

1.

Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden des ufe- Zollausschusses Kollegen Jørn Rise Andersen und ufe-Präsident Dieter Ondracek

Der Vorsitzende des Zollausschusses, **Jørn Rise Andersen**, begrüßte die Teilnehmer zum Treffen des Zollausschusses.

UFE Präsident **Dieter Ondracek** begrüßte die Teilnehmer zum Treffen des Zollausschusses. Besonders begrüßte er die teilnehmenden Gäste.

Der Vorsitzende des Zollausschusses, **Jørn Rise Andersen**, begrüßte die Teilnehmer und drückte seine Hoffnung aus, dass dieses ein erfolgreiches Treffen werde. Er dankte den ungarischen Kollegen für die Durchführung und er dankte für die herzliche Begrüßung der Teilnehmer, welche die Teilnehmer in Budapest erfahren hätten.

Jørn Rise Andersen begrüßte die anwesenden Dolmetscher, die das Treffen auf Englisch, Deutsch und Französisch übersetzten.

Jørn Rise Andersen wies darauf hin, dass die Tagesordnung für das Treffen umfangreich sei, und begrüßte im Anschluss den General Director Customs of the Hungarian Customs and Finance Guard, Lieutenant General Dr. **János Nagy**.

2.

Grußwort des Generalzolldirektors der ungarischen Zoll- und Finanzwache, Leutnant General Dr. János Nagy

Dr. **János Nagy** begrüßte die Teilnehmer im Namen von Hungarian Customs and Finance Guard.

Dr. **János Nagy** berichtete ausführlich über das ungarische Zollwesen, welches in 3 Stufen eingeteilt ist. Ein nationales Hauptbüro, 19 Regionen und auf der untersten Stufe die Zoll-, Nachforschungs- und Kontrollbüros.

Das Zollwesen ist für 28 verschiedene Gesetzesübertretungen verantwortlich.

Es ist 4 Jahre her, dass Ungarn Mitglied der EU wurde und daher ist es immer noch ein relativ junges EU-Mitglied. Ungarn hat sowohl innere als auch äußere EU-Grenzen.

Nach der Mitgliedschaft bestand die erste Aufgabe darin das Personal um 1.300 zu reduzieren. Einige wurden in den östlichen Teil des Landes versetzt, und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wurde den Angestellten gute Angebote unterbreitet – und man versuchte denen zu helfen, die das Zollwesen verlassen mussten. Dagegen steigt jetzt die Zahl der Angestellten wieder und in den letzten beiden Jahren ist die Zahl der Zollbeamten von 500 auf 1000 gestiegen.

Das ungarische Zollwesen arbeite eng mit einer Reihe von Partner zusammen. Am engsten ist die Zusammenarbeit mit den Steuerbehörden, es gibt aber auch eine Zusammenarbeit mit dem Verbraucherschutz und der Polizei – sowohl Grenzpolizei als auch Grenzüberwachung, die jetzt in der Polizei integriert sind

International arbeite man mit den Zollverwaltungen der anderen Länder, 3. Länder und internationalen Organisationen im Bereich Zoll zusammen.

Das Zollwesen arbeite auch mit der unabhängigen Gewerkschaft, die 1990 gegründet wurde, zusammen. 1992 wurde eine Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Zollwesen und Gewerkschaft eingegangen, die heute 3.150 Mitglieder zählt – mehr als 40 % der Angestellten. Das Zollwesen stellt u.a. möblierte Büros, Telekommunikation und Dienstbilder zur Verfügung.

Jørn Rise Andersen dankte Dr. **János Nagy** für den interessanten Vortrag

3.

Rede des Direktors Zollpolitik der Generaldirektion Steuern und Zollunion, Mr. Mirosław Zielinski

Mirosław Zielinski konnte leider nicht am Treffen teilnehmen, stattdessen nahm Ms. **Anaboli** von Taxud teil.

Anaboli informierte über die aktuelle Arbeit in der EU-Kommission bezügl. des Zollbereiches, darunter:

- Modernisierung der Zollgesetzgebung u.a. vor dem Hintergrund der Globalisierung und des steigenden Handels
- Abschaffung von Papier zu Gunsten von it-Lösungen
- Harmonisierung der Gesetzgebung und Praxis
- Modernisierter Zollcodex – zum ersten Mal ist die Rede von einem Gesetzestext für die ganze EU
- Elektronischer Informationsaustausch
- Gemeinsame Regeln auf mehreren Gebieten
- Entwicklung und neue Gesetzgebung im Zollbereich
Single window - one-stop-shop
- Guidelines
- Einführung von Bußgeldregeln im Zollbereich
- Balance zwischen legalem Handel und Sicherheit
- 40-jähriges Jubiläum der Zollunion

Jørn Rise Andersen dankte **Anaboli** für den Überblick. **Anaboli** stand den Teilnehmern für weitere Fragen zur Verfügung.

Emiel Boriau fragte, ob es möglich sei eine Kopie von **Anabolis** Präsentation zu bekommen. Diese bejahte. Sie wird an die Teilnehmer über das Generalsekretariat verschickt werden.

Er wies darauf hin, dass er als Vertreter der "alten Schule" nicht an soviel Partnerschaft im Zollbereich glaube. Er hakte bei der Einheitlichkeit nach und fragte, ob die EU Richtlinien oder Regeln rausgeben werde, die garantieren, dass alle in der EU gleich behandelt werden.

Anaboli unterstrich, dass die autorisierten Unternehmer die Zusammenarbeit zwischen EU und den Mitgliedsländern weiter entwickeln müssten. Wenn ein Unternehmen in Deutschland autorisiert sei, dann sei es das auch prinzipiell in den anderen Mitgliedsländern, auch wenn dieses nicht automatisch stattfindet. Aber andere Länder sollten in so einem Fall eine schnelle Autorisation geben, es sei denn es stimme etwas nicht mit dem Unternehmen.

Sie unterstrich, dass eine der wichtigsten Bedingungen für die Autorisierung Compliance sei – und Compliance habe in den Mitgliedsländern jeweils eine andere Bedeutung. In einigen Ländern geht eine Fehlangebe über die Autorisation hinaus – in anderen nicht. Deshalb versuche man auch eine Transparenz in Bezug auf Compliance zu schaffen.

Emiel Boriau fragte im Anschluss an die Frage, ob ein Nein zur Autorisierung in einem Land die bereits gegebenen Autorisierungen aufhebe.

Anaboli antwortete, dass dies auf den Grund für die verweigerte Autorisierung ankäme.

Sofie Lalande zeigte auf, dass das Sicherheitsniveau in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich sei – ob die Kommission dies hinnehme oder ob sie ein operatives System einführen werde.

Anaboli antwortete, dass die Kommission tue was sie könne, aber dass sie nicht das Recht habe in diesem Bereich über die Mitgliedsländer hinweg einzugreifen.

Das Problem sei, dass die USA versuchten mit den einzelnen Mitgliedsländern bilaterale Vereinbarungen einzugehen. Die Kommission treffe sich jedoch regelmäßig mit den Amerikanern und verhandele mit Ihnen über die Sicherheit. Man versuche auch ein System zu schaffen, mit dem die EU die Amerikaner auf diesem Gebiet unter Druck setzen könne.

Fredrik Støtvig wollte wissen, ob es für Norwegen als 3. Land möglich sei sich dieser Routine anzuschließen – und fügte hinzu, dass die norwegische Regierung hart daran arbeite, um daran teilzunehmen.

Anaboli bedauerte, dass sie keine Auskunft darüber könne, da dies nicht ihr Gebiet sei – aber dass man schauen solle, was innerhalb des Vereinbarungsrahmens möglich sei.

Jørn Rise Andersen wies darauf hin, dass der Zollausschuss später auf der Tagesordnung die Gesetzgebung behandeln werde – aber er drückte gleichzeitig im Namen des Zollausschusses seine Bedenken aus, dass es in den einzelnen Mitgliedsländer Unterschiede gäbe, und dass die Kommission keine Möglichkeit habe, um diesen Ländern ein einheitliches Niveau aufzuerlegen. Dieser Gesichtspunkt werde der Zollausschuss Taxud in Brüssel vortragen.

Jørn Rise Andersen dankte **Anaboli** für den Statusbericht über Taxuds Arbeit und für ihre Antworten.

4. Aktuelle Entwicklungen in den Zollverwaltungen der Länder

Unter Berücksichtigung der verfügbaren Zeit, schlug **Jørn Rise Andersen** vor, dass der Zollausschuss die restlichen Tagesordnungspunkte zusammen mit Punkt 4 behandle, so dass die einzelnen Organisationen konkrete Punkte in Verbindung mit ihren Berichten über die aktuelle Entwicklung der Zollverwaltung in ihren Ländern vorbringen könnten.

Jørn Rise Andersen schlug weiter vor, dass auf dieser Grundlage ein Mandat vergeben werden solle, dass ein Vorschlag für eine Resolution ausgearbeitet werde, der in Verbindung mit dem UFE Komiteetreffen behandelt werden könne.

Der Zollausschuss schloss sich dieser Vorgehensweise für die Behandlung der Tagesordnung an.

Emiel Boriau gab einen Statusbericht über die Entwicklung in Belgien, welche er als katastrophal bezeichnete.

Eine mobile Kontrolle soll eingeführt werden, aber dies erfordere Fahrzeuge, die mit Computer usw. ausgestattet seien, und die Regierung sei nicht bereit die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ohne Ausrüstung und die notwendigen Mittel könne die Arbeit mit Risikoanalysen auf dem gewünschten Niveau nicht erfolgen.

Emiel Boriau weis gleichzeitig darauf hin, dass es notwendig sei Informationen unter den Ländern auszutauschen.

Das belgische Zollwesen hat die Kompetenzen unter den Mitarbeitern beurteilt und ein Lernprogramm durchgeführt, dass so erfolgreich war, dass dies jetzt auf andere

Ministerien ausgedehnt werde.

In Bezug auf Gas in den Containern, wollen die Politiker den Mitarbeitern nicht die notwendige Unterstützung geben. Man habe es über Lobbyarbeit in den Ministerien versucht, aber leider ohne Ergebnis. Die Zollbeamten, welche die Container mit Gas öffneten, sind also weiterhin dazu gezwungen giftiges Gas einzuatmen, und die Politiker müssen auf dieses Problem aufmerksam gemacht werden.

André Friden informierte kurz darüber, dass das Zollwesen in Luxemburg die Organisation umstrukturiert habe und dass es einen neuen Direktor geben. Es fehle in einigen Bereichen an Personal. Es gibt Ausbildungsprogramme für mobile Teams.

Huits van 't Hoff berichtete, dass in Holland auch eine Umstrukturierung im Gang sei. Keiner wurde entlassen, und niemand wurde weit weg versetzt. Die betroffenen können selber entscheiden, ob sie im Zollbereich bleiben möchten – in der Praxis in Rotterdam oder am Flughafen – oder zu Steueraufgaben wechseln möchten. Diejenigen, die zur Steuerbehörde wechseln verlieren ihre Zulagen, aber es gibt eine Vereinbarung darüber, dass niemand zu große Einbußen hat.

In Bezug auf Gas in Containern, hat man in Holland herausgefunden, dass Gas auch in den Paketen, die im Container liegen, sein kann – ohne dass sich Gas im Container befindet. Darauf sollten wir aufmerksam sein – nicht alleine der Kontrollen wegen aber auch mit Rücksicht auf die Verbraucher, die die Waren kaufen.

Mikko Grönberg informierte über die Lohnvereinbarung, die in Finnland für 2007 – 2010 getroffen wurde. Es ist ein Effektivisierungsprogramm im öffentlichen Dienst in Gang gebracht worden, das u.a. vorsieht, dass die Zahl der im Zollwesen Beschäftigten von 2.603 in 2007 auf 2.420 in 2012 reduziert wird. Das Effektivisierungsprogramm enthält auch die Implementierung von IT und mobilen Einheiten.

Finnland habe eine lange Grenze mit Russland und viel Transport gehe durch Finnland – u.a. ca. 1 Mio. LKW, welche die Grenze passierten. Der Transport steige enorm, aber dies habe keine Auswirkung auf die Mittel.

Alle Staatsinstitutionen sollen von Helsinki in das restliche Finnland versetzt werden. Im Herbst 2008 soll über eine Zusammenarbeit zwischen Zollwesen und Grenzüberwachung verhandelt werden, und wer, welche Aufgaben hat. Entsprechende Verhandlungen gibt es bereits zwischen Zoll- und Steuerwesen. Finnland hat eine Zollschule, die auf einem Mix von verschiedenen Lernmethoden beruht. U.a. e-learning kombiniert mit Klassenunterricht und Praxis.

In Finnland haben die Arbeitgeber im Zollwesen das Problem mit Gas in Containern ernst genommen und u.a. wird ein Wissenschaftler hinzugezogen, der das Problem analysieren wird. Finnland hat von Holland wertvolle Informationen auf diesem Gebiet erhalten, welche von großem Vorteil waren, um die Arbeitgeber von dem Problem zu überzeugen und um etwas zu unternehmen.

Peter Lockhart wies darauf hin, dass es auch im Vereinigten Königreich Probleme mit den Ressourcen gebe. Als Finanzminister war Gordon Brown der Meinung, es gebe zu viele öffentlich Beschäftigte – und das diese zu viel Lohn erhalten. Zoll und Steuer wurde in 2005 zusammengelegt, aber das war mehr ein Einsparungsprojekt als ein

Versuch die Administration effektiver zu gestalten. Die Verwaltung ist bereits um 15.000 verkleinert worden und es ist vorgesehen bis 2011 noch weitere 10.000 Stellen zu kürzen.

Eine Behörde zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Kriminalität hat 2.000 der besten Mitarbeiter übernommen – aber die Zusammenarbeit zwischen Zollwesen und dieser Behörde ist sehr schlecht.

Es soll jetzt eine Grenzbehörde errichtet werden, in die 4.000 Zöllner zusammen mit Mitarbeitern u.a. der Immigrationsbehörde überführt werden sollen. Es ist jedoch nicht klar zu sehen, wie es gelingen soll eine Grenzbehörde zu schaffen, welche die bevorstehenden Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln lösen soll.

Die britische Organisation wünscht daher die Mittel, die sie braucht, um die Intentionen im neuen Zollkodex zu erfüllen.

Peter Lockhart unterstrich, dass die Organisation die Ziele im neuen Zollkodex unterstütze, aber das Mittel zur Durchführung nicht zur Verfügung stünden.

Alain Leblanc informierte darüber, dass in Frankreich eine radikale Reform des Zollwesens bevorstehe, welche die Anzahl der Büros um ein Drittel reduziere. Der treibende Faktor in dieser Reform sei der politische Wunsch am Budget zu sparen.

Es gebe ein aktuelles Budgetproblem im französischen Zollwesen, und zurzeit wird nur jeder 2., der das Zollwesen verlasse, ersetzt. Eine große Anzahl Mitarbeiter ist dabei das Pensionsalter zu erreichen, und wenn nur jeder 2. durch eine Neueinstellung ersetzt werde, sei es schwierig Aufgaben zu lösen. Es werden auch Mitarbeiter entlassen werden.

Alain Leblanc forderte in diesem Zusammenhang auf, dass die Organisationen Erfahrungen darüber austauschten, was den Mitarbeitern in Verbindung mit Kündigung geboten werde – z.B. Kompensation oder Hilfe bei der Suche nach einer neuen Arbeit.

Klaus-Hilger Leprich erzählte, dass in Deutschland Zoll, Steuern und Polizei weiterhin ganz eigenständige Behörden sein. Zoll sei föderal, aber Steuern und Polizei unterlägen den Aufgaben in den einzelnen Bundesländern. Eine Fusion von Zoll und Steuern in Deutschland sei daher unwahrscheinlich.

In Deutschland sei die Situation ähnlich wie in Frankreich, es sollen Einsparungen im Bereich Personal vorgenommen werden, um Budgeteinsparungen zu erreichen.

Klaus-Hilger Leprich fand daher, dass in der Resolution, vor dem Hintergrund des UFE-Treffens, darauf aufmerksam gemacht werden solle, dass eine Modernisierung des Zollkodex nicht nur bedeuten dürfe, dass die Dinge für die Gewerbetreibenden erleichtert und Ressourcen vom Zoll abgezogen werden. Der Anspruch auf Sicherheit erfordere weiteres Personal.

In Deutschland erhalte das Zollwesen neue Aufgaben – u.a. in Verbindung mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit. Diese Aufgabe soll von 6.500 neuen Angestellten gelöst werden, aber die deutsche Zollgewerkschaft habe errechnet, dass das deutsche Zollwesen einen Bedarf von weiteren 4.000 Angestellten habe.

Klaus-Hilger Leprich unterstrich, dass UFE darauf pochen solle, dass die Zöllner Waren physisch kontrollierten. Es müsse einheitliche Standards für die Zollkontrolle geben – andernfalls werde der überarbeitete Zollkodex zum Fiasko. Wir wollen keine Unterschiede zwischen den Ländern. Es sei wichtig mit einer gemeinsamen IT-Plattform, aber dies sei nicht das Einzige, worauf man sich konzentrieren solle. Es müsse auch einheitliche Verfahren geben – und alle Zolladministrationen sollten das notwendige Personal für die Durchführung von physischen Kontrollen haben.

Die deutsche Zollorganisation habe viel im Bereich Gas in Containern getan. Die Universität Hamburg habe eine Untersuchung über den Umfang gemacht. Das Gas ist nicht nur eine Gefahr für die Zöllner, sondern auch für die Lagermitarbeiter und die Verbraucher. Deshalb müsse hier so schnell wie möglich eingegriffen werden.

Eine Ausbildungsreform soll die Ausbildungssituation im Zollbereich verbessern. Die Ausbildung ist auf einem hohen Niveau, und es gebe große Fortschritte auf diesem Gebiet.

Sehr erfolgreich war eine Aktion bezügl. Geldwäsche, welche in Zusammenarbeit mit Österreich, Luxemburg und der Schweiz durchgeführt wurde und an der 400 Zöllner teilnahmen.

Fredrik Støtvig unterrichtete darüber, dass Norwegen einen neuen Zolldirektor habe – ein Mann mit Visionen und Aktionen. Anfang 2008 wurden mehr als 1.000 Beschlagnahmungen durchgeführt. Das Finanzministerium beschloss in 2007, dass eine Beurteilung der norwegischen Zollausbildung stattfinden solle. Die Ausbildung dauere derzeit 26 Monate. In Verbindung mit der Beurteilung wurde ein Bericht ausgearbeitet, der u.a. die existierenden Ausbildungen analysiere. Der Bericht empfehle, dass das Zollwesen seine eigene Ausbildung haben solle – u.a. deshalb, weil keine andere Schule eine Ausbildung im Zollwesen anbieten könne.

Das Budget für den norwegischen Zoll ist gut – aber stramm. Die Organisation ist zufrieden mit der Rekrutierung der letzten beiden Jahre von Ausbildungsanwärtern. In letzter Zeit habe es jedoch Probleme gegeben, geeignete Kandidaten zu finden – und nicht zuletzt diese zu halten, da der private Sektor höhere Entlohnung biete.

Tore Hagen ergänzte, dass im Bereich der Geldwäsche effektive Methoden entwickelt wurden. Es sei ein neues nationales Register mit grenzüberschreitenden Aktivitäten eingerichtet worden. Internationale Erfahrungen zeigten, dass viel vom dem Bargeld, das geschmuggelt werde aus der Wirtschaftskriminalität stamme. Das norwegische Zollwesen werde nun Geldhunde für die Kontrollen einsetzen.

Björn Hartvigsson erzählte, dass es innerhalb des schwedischen Zolls große Unsicherheiten gebe. Der Zolldirektor möchte die Anzahl der Zöllner um 3-400 reduzieren, die schwedischen Politiker sind jedoch auf der Seite der Gewerkschaften, nach dem diese mit den Politikern im Parlament Kontakt aufgenommen hatten. Es gab u.a. eine 3-stündige Debatte im Parlament über den Zoll und eine Mehrbewilligung von 50 Mio. SKR vom Finanzminister.

Die Gewerkschaft habe eine Debatte mit den Politikern über weitere Bewilligungen im Zusammenhang mit den Budget für das nächste Jahr gestartet, das Problem aber sei

dass der Zolldirektor nicht zu viele Zöllner haben möchte. Entsprechend habe die Gewerkschaft gesagt, dass man nicht länger wünsche, dass der jetzige Zolldirektor weiter mache. Die Gewerkschaft arbeite zielgerichtet für mehr Zöllner in Schweden. Das Budgetproblem erlaube jedoch keine Ausbildung von Zöllner. Zurzeit wird über eine Zusammenarbeit mit Polizei und Küstenwache im Bereich Ausbildung nachgedacht.

Jørn Rise Andersen fügte hinzu, dass auch über eine mögliche Ausbildungszusammenarbeit zwischen Dänemark und Schweden im Bereich Zoll nachgedacht werde.

Giordano Schera informierte darüber, dass die Schweizer Regierung ein Programm vorgestellt habe, dass die Kosten reduzieren solle.

10% des Stabes im Zollwesen – oder 4.500 – müssen weg. Die Anzahl der Arbeitsaufgaben werde jedoch nicht fallen sondern in Zukunft noch steigen.

Wenn die Anzahl der Zöllner reduziert werde, dann werde es für die Zöllner dennoch leicht sein, eine Arbeit auf dem privaten Sektor zu finden, denn die Zöllner sind auf einem hohen Niveau ausgebildet.

Es findet eine Annäherung an die EU-Regeln statt – und wenn alles planmäßig verlaufe werde die Schweiz de facto ein Mitglied des Schengen-Abkommens werden.

Gudbjörn Gudbjörnsson erwähnte, dass auch in Island Umstrukturierungen und Reformen anstünden. Die Regierung habe im Frühjahr einen Reform von sowohl Polizei als auch Zoll angekündigt, habe dieses aber nicht mit den Gewerkschaften koordiniert, die dann in den Medien protestierten. Die Bevölkerung hatte Verständnis für die Gewerkschaften, und die Regierung musste den Vorschlag zurückziehen. Es wurde verhandelt und ein neuer Plan vorgestellt, der für den Zoll annehmbar ist. Man erwartet, dass das Parlament den Vorschlag unterstützt.

Das Budget ist klein – aber akzeptabel. Es gibt Pläne darüber ein Röntgenmobil anzuschaffen. Der neue Zollkodex werde 2014 in Island eingeführt werden.

Gudbjörn Gudbjörnsson meinte, dass UFE dafür kämpfen solle, dass die Zöllner in ganz Europa gestärkt werden. Auf Island arbeiteten die Zöllner unabhängig und nicht mit Polizei oder Steuerbehörden zusammen.

Frank O`Dwyer informierte darüber, dass Zoll und Steuern in Irland integriert sein, aber das es die Zöllner sein, die lernen müssten Steuerbeamte zu sein – und nicht umgekehrt – welches schwierig sei. Die irische Wirtschaft gehe derzeit nach unten, und daher wünschten manche Medien und Politiker, dass die Zahl der öffentlich Beschäftigten sowie ihr Lohn um 10-20% gesenkt werden solle. **Frank O`Dwyer** fügte hinzu, dass alle die verschiedenen Fachgruppen gebraucht werden – aber nicht alle die Politiker, die es gebe.

Die Angestellten werden älter und viele werden im kommenden Jahr ausscheiden, was bedeute, dass viele Kompetenzen in 5 Jahren verschwunden sein werden, wenn man nicht lerne, wie diese Kompetenzen zu ernten sind. Es gebe eine Zusammenarbeit mit der Universität, aber es sei nicht möglich jemanden frisch von der Uni als Steuerprüfer los zu schicken. Es brauche seine Zeit, um die gleichen Kompetenzen zu erreichen, welche das Zollwesen heute habe.

Jørn Rise Andersen informierte darüber, dass es in Dänemark so wenig Zöllner übrig sein, dass man bald nicht mehr reduzieren könne. Die Gewerkschaften sehen sich die

Aufgaben, die gelöst werden müssen genauer an – und SKAT (Steuer) in Dänemark leistet auf keinem Gebiet gute Arbeit. Es gibt z.B. Klagen von den Sicherheitskontrollen am Flughafen, wo viel Bargeld sichergestellt wird, aber es nicht genügend Mitarbeiter gebe, die sich dann um die Dinge kümmern.

Auch in Dänemark finde eine Umstrukturierung statt. Es gebe so wenige Zöllner, dass die Kollegen für mehr Personal und Budgetmittel an die Regierung schrieben. Man erwarte Budgetprobleme im Zoll- und Steuerbereich für 2009.

Jørn Rise Andersen dankte den Ländern für ihre Einschätzung der aktuellen Situation. Vor dem Hintergrund, dass nur noch wenige Minuten, der festgesetzten Besprechungszeit mit Dolmetscherbeistand übrig sein, schlug er vor, dass ein Zollausschusstreffen in der ersten Jahreshälfte 2009 in Brüssel – evt. April 2009 - stattfinden solle. In diesem Zusammenhang könnte man dann vielleicht eine Pressekonferenz abhalten, auf der man auf die Verhältnisse im Zollbereich aufmerksam mache. Dies setze jedoch voraus, dass die Mitgliedsorganisationen in der Lage sein dies zu dokumentieren – z.B. anhand von Zahlen, die die Entwicklung auf dem Zollgebiet zeigten. Material, dass auch als Dokumentation für die Entwicklung auf dem Zollgebiet an die Kommission weitergegeben werden könne.

Klaus-Hilger Leprich fügte hinzu, dass es Handlungsbedarf gebe. Die Entwicklung, die z.B. in Schweden und Irland zu beobachten sei, sei ein wichtiger Warnhinweis. Er könne sich einem Treffen im März – April 2009 anschließen. Dieses Treffen sei so kurz gewesen, dass es daher notwendig sei die Mitgliedsorganisationen darum zu bitten Dokumentation für die Entwicklung an den Zollausschuss über das Generalsekretariat zu schicken, damit man die Diskussionen auf dieser Grundlage für das nächste Zollausschusstreffen vorbereiten könne. UFE sei zu dem Ergebnis gekommen, dass etwas geschehen müsse. Wir müssen unsere Kräfte vereinigen – auch in Bezug auf den Verbraucherschutz.

Jørn Rise Andersen fasste zusammen, dass jetzt vor dem Hintergrund der Beratungen während des Zollausschusstreffens ein Vorschlag für eine Resolution ausgearbeitet werden solle, welcher auf dem UFE-Treffen besprochen werden könne. Eine Resolution, die als „Öffnungsstatus“ anzusehen sei und als Grundlage für einen Dialog mit Taxud diene.

In Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat werden die Möglichkeiten für ein Treffen in Brüssel in der ersten Jahreshälfte 2009 näher untersucht werden.

Jørn Rise Andersen dankte den Teilnehmern für eine gute und konstruktive Debatte und schloss das Treffen in dem er den Dolmetschern für ihre gute Arbeit während des Treffens dankte.

Jørn Rise Andersen
Vorsitzender

Ole Pedersen
Sekretär

PROTOKOLL DES STEUERAUSSCHUSSES DER U.F.E.

PARIS, DEN 16.APRIL 2009

Nach einigen Willkommensworten an die anwesenden Delegationen hat der Vorsitzende des Steuerausschusses, der Kollege Serge COLIN, Herrn Philippe PARINI, Generaldirektor der Generaldirektion für öffentliche Finanzen gedankt, der während dieser Versammlung ebenfalls den Minister für Haushalt, öffentliche Finanzen und öffentlichen Dienst, Herrn WOERTH vertrat, für seine Anwesenheit und die Möglichkeit, diesen Ausschuss hinsichtlich der Logistik und der Übersetzungen ins Englische, Deutsche und Französische unter besten Bedingungen organisieren zu können.

Nach einigen einleitenden Worten zu diesem Tag, der durch die Aktualität des Kampfes gegen Steuerbetrug und Steueroasen und die letzten Ereignisse in der « Liechtenstein-Affäre » gezeichnet ist, hat auch Dieter ONDRACEK als Vorsitzender der U.F.E. Herrn PARINI herzlich gedankt.

Anschließend hat der Generaldirektor der Generaldirektion für öffentliche Finanzen die Arbeitssitzung « eröffnet », indem er zwanzig Minuten einer Präsentation der Fusion der beiden großen französischen Steuerbehörden (Direction Générale des Impôts und Direction Générale de la Comptabilité Publique) sowie den neuen, beim letzten G 20 von London angenommenen Bestimmungen zum Kampf gegen Betrug und Steueroasen widmete. Die Worte von Dieter ONDRACEK wieder aufgreifend hat Herr PARINI erklärt, dass er unsere Sicht der Dinge teilt, nach der der Steuerbetrug als « Diebstahl » charakterisiert wird! Er hat fernerhin zu bedenken gegeben, dass die Steueroasen die Rolle von « Beschleunigern » der Krise gespielt haben und die Notwendigkeit von « Trockenlegungen » bestätigt, so wie sie in Irland durch die Zusammenarbeit der Banken mit den Kontrollbehörden vorgenommen wurde. Er hat dann auf die Einführung einer speziellen « Verwaltungszelle » im Ministerium für Finanzen bestanden, um die Abrechnungen für die Franzosen durchzuführen, die Konten in Steueroasen unterhalten. Herr PARINI hat erklärt, dass er bereit ist, sich von « guten und praktischen Ideen inspirieren zu lassen, die in Europa existieren, um die Kontrolle und die Sanktionierung des Betrugs zu verstärken.

Laurent GATHIER (S.N.U.I. – Frankreich) hat in Reaktion auf die Vorschläge von Herrn PARINI eingeschätzt, dass mindestens bis Ende 2011 abgewartet werden muss um die Auswirkungen der Fusion der beiden Behörden ermessen zu können, denn zum jetzigen Zeitpunkt lässt die Realität vor Ort und in den Dienststellen eine aus der Fusion hervorgegangene Behörde erkennen, die in der Personalpolitik und bei der Aufgabenerfüllung weniger leistungsstark ist, sowie sehr negative Auswirkungen in bezug auf die Mittel, insbesondere auf Grund der Absicht eines massiven Personalabbaus. Auf die Arbeiten der U.F.E. im Rahmen internationaler Vergleiche verweisend gab Laurent des weiteren zu bedenken, dass in Frankreich eine Qualitätsverschlechterung bei den Dienstleistungen für Gebietskörperschaften und ein Defizit im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen Steuerbetrug zu befürchten sein könnte.

Indem er auf diverse Frage oder Bemerkungen von einigen Delegierten hinsichtlich des Steuerbewusstseins der Bürger, des Prinzips des « Verfolgungsrechts » und der notwendigen Unterstützung für Beamte bei der Ausübung ihrer Kontrollaufgaben antwortete, hat der Generaldirektor seine Positionen zu verschiedenen Themen klargestellt. Ebenso hat er darauf hingewiesen, dass nach einer Zeit, in der eine gewisse Deregulierung mit der Konsequenz des Rückgangs von Kontrollen vorherrschte, die politischen Entscheidungsträger diesen Kurs wieder eingeschlagen haben. Dieses wurde verdeutlicht, indem Herr SARKOZY und Frau Merkel ihre gemeinsamen Positionen im Kampf gegen Steueroasen bekannt gaben.

Des weiteren unterstrich er die « Tatsache, dass der Steuerprüfer auf Grund seiner Rolle und seines Bildes aus einer Vergangenheit, in der es Amtsmissbrauch gegeben haben könnte, oft schlecht angesehen ist », stellte aber klar, dass in der heutigen Zeit die neue Sicherheit, die den Steuerpflichtigen zuteil wird, es erlaubt zu sagen, dass diese Zeit längst vergangen ist. Folglich muss der Machtinhaber die Beamten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen und ihre Berechtigung zur Verrichtung derselben erneut bestätigen.

Herr PARINI hat danach eingeräumt, dass die Steuerprüfungen (im Gegensatz zu Tätigkeiten des Zolls) unter einem « Öffentlichkeits- »Defizit leiden und dass viele Behörden nicht ausreichend über dieses Thema kommunizieren, vielleicht mit Ausnahme der skandinavischen Länder. Er hat seinen Wunsch geäußert, Herrn WOERTH (Minister für Haushalt) die Durchführung verschiedener Kommunikationsmaßnahmen vorzuschlagen, die an die Öffentlichkeit gerichtet sind und die dem

besseren Bekanntmachen der Tätigkeit und Effizienz der Bediensteten der Steuerprüfung dienen sollen.

Seine letzten Äußerungen waren einer besseren Organisation des Informationsaustausches zwischen den europäischen Behörden gewidmet, um Operationen der Steuerprüfung besser und mit einer größeren Aktionsfähigkeit koordinieren zu können. Zuletzt hat er den Wunsch geäußert, demnächst über eine Art von Polizeigewalt verfügen zu können, um Betrüger noch wirksamer verfolgen zu können.

Nach einem Meinungsaustausch, der mehr als einer Stunde dauerte und der von den Teilnehmern sehr geschätzt wurde, hat der Generaldirektor der Generaldirektion für öffentliche Finanzen allen anwesenden Gewerkschaftsorganisationen eine hervorragende Versammlung in Paris gewünscht. Er sagte, dass er die Arbeiten des Steuerausschusses der UFE und die Ergebnisse der Debatten sehr aufmerksam verfolgt.

Nach der Zustimmung zur Tagesordnung gab Serge COLIN eine allgemeine Vorstellung der Lage, in dem er ebenfalls kurz über seine Teilnahme als stellvertretender Vorsitzender der U.F.E. am « Brussels Tax Forum » vom 30. und 31. März dieses Jahres berichtete.

Davor jedoch wünschte Albert VAN DE SANDE (UNSP – Belgien) sein Bedauern auszudrücken, dass er von der Mittelsperson der UFE über sehr interessante Informationen und Klarstellungen, die Dieter ONDRACEK in der Sitzung hinsichtlich der letzten Ereignisse und Wenden in Bezug auf die Lichtenstein-Affäre gegeben hat, nicht in Kenntnis gesetzt wurde.

Serge hat klargestellt, dass die letzten Entwicklungen in dieser Angelegenheit neu sind (in Deutschland wie übrigens auch in Frankreich), was diese direkte Kommunikation durch Dieter zu Beginn der Arbeiten des Steuerausschusses erklärt und dass der Punkt 6 der Tagesordnung es erlaubt, darauf zurück zu kommen.

Punkt 4 – Darstellung der allgemeinen Lage durch Serge COLIN

Seit dem letzten Steuerausschuss und dem UFE-Kongress in Budapest haben sich viele bedeutende Ereignisse ergeben und bestimmte Themen wurden für die öffentliche Meinung sichtbar. Unsere Mitbürger in ganz Europa konnten gewisse « steuerliche » Phänomene besser bewerten, über die die Gewerkschaften der U.F.E. seit mehreren Jahren gemeinsam diskutieren.

« Die Krise », von der man sagt, dass sie von den USA ausgegangen ist, hat nun den ganzen Planeten erfasst. Wir müssten aber vielleicht vielmehr « die Krisen » sagen: Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Sozialkrise und vielleicht sogar eine Systemkrise. Die Krise eines Wirtschafts- und Finanzsystems, die sich derart entwickelt hat, dass sie die Gesamtheit der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und Räderwerke auf dem ganzen Planeten bedroht.

Diese Krise ist dabei, der Öffentlichkeit, die manchmal angesichts des durch sie hervorgebrachten sozialen Desasters ungläubig staunt, viele, unseren Bürgern wenig bekannte Themen aufzuzeigen:

- die Mechanismen von Finanzspekulation (die « subprimes » der USA und das System der Verbriefung von so genannten « toxischen » Vermögen)
- die Existenz und Rolle von Steueroasen
- die negativen Auswirkungen des Bankgeheimnisses
- das Fehlen einer realen Regulierung des Handels durch die Staaten (die Rolle der Staaten ist wieder bedeutend geworden um das Bankensystem zu retten – oder zu versuchen, es zu retten -, indem Banken oder große Versicherungsgesellschaften gerettet werden, die über Jahre hinweg spekuliert haben – und das bei einem vollständigen Fehlen einer Transparenz gegenüber ihren Aktionären, ihren Kunden und den Staaten und folglich auch den Steuerpflichtigen).
- Die Skandale um Vergütungen der großen Unternehmer (oder Topmanager) mit den stock-options, den goldenen Fallschirmen, den « golden hello » usw.
- Die Rolle des Steuerwesens und die Bedingungen des Kampfes gegen Steuerbetrug, aber auch das Fehlen von Kooperationen zwischen den Ländern und zwischen den Behörden, die mit der Steuerprüfung beauftragt sind (und die Mittel der letztgenannten um tätig zu werden sowie insbesondere der Personalbestand)

Serge hat darauf hingewiesen, dass mehrere dieser Themen gesondert und im Detail während der Diskussionen zu den Punkten 5 bis 8 der Tagesordnung behandelt werden.

Danach hat er einen Kurzbericht über seine Teilnahme am « Brussels Tax Forum » gegeben, das am 30. und 31. März dieses Jahres abgehalten wurde und zu dem auch unsere belgischen Kollegen Albert VAN DE SANDE (UNSP), François GORIS (NUOD) sowie der Kollege François Christian FLOTTES (SNUI) anwesend waren.

Dieses Forum wurde von der Brüsseler Kommission organisiert und Herr Lazslo KOVACS leitete die Eröffnung der Debatten. Indem er daran erinnert, dass es sich um das 3. Forum dieser Art innerhalb von drei Jahren handelt, hat Herr KOVACS das besondere Ausmaß betont, das diese Konferenz in 2009 hinsichtlich der Ereignisse angenommen hat, an die Serge COLIN in seiner Einführung erinnert hat und die die Auswirkungen der globalen Krise betreffen.

« **Tax Systems in a Changing World** » war die Hauptüberschrift dieser Konferenz und Herr KOVACS hat betont, dass in einem ganz besonderen Zusammenhang die Probleme des Steuerwesens für alle europäischen Regierungen einen sehr bedeutenden Charakter annehmen, aber auch hinzugefügt, dass « *außerhalb der speziellen Probleme der Steuersysteme die Besteuerungssysteme einen sehr großen Einfluss auf die Umweltpolitik, die Klimaentwicklung und sogar auf die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten der europäischen Union, das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen haben könnten* ».

Bei diesem Symposium wurden von verschiedenen Experten, die von überall auf der Erde kamen, drei große Themen erörtert:

- Die Zukunft der Besteuerungsgrundlagen in einer globalisierten Welt?
- Welche Besteuerungsgrundlagen für die Einkünfte von Gesellschaften und Steuerpflichtigen für das 21. Jahrhundert?
- Welche Besteuerungsgrundlagen für die Besteuerungssysteme des Konsums im 21. Jahrhundert?

Der Vorsitzende des Steuerausschusses betont, dass es sehr interessant war, verschiedene Teilnehmer zu hören, vom Generalsekretär der belgischen Gewerkschaft FGTB, über den Vizepräsidenten für Steuerpolitik bei « *Shell International BV* » bis hin zum deutschen Staatssekretär im Ministerium für Finanzen!

Er weist übrigens darauf hin, dass ihn zweifelsohne die Reden der vielfältigen Teilnehmer als selbsternannte Experten in Wirtschaft, Finanzen oder Steuerwesen am meisten überrascht und ihm den unangenehmen Eindruck vermittelt haben, dass sich diese damals in ihren Analysen und Positionen niemals geirrt hätten und dass die Krise eben nur Pech war! Einige von ihnen fügten hinzu, dass mit einigen Anpassungsmaßnahmen und ein bisschen mehr Respekt gegenüber den « Verhaltensregeln » morgen alles gut sein wird.

Serge fügt hinzu, dass diese Arroganz unerträglich war, da gewisse Leute von ihnen nur knapp ein Jahr zuvor das Konzept des Freihandels mit den einzigen Regeln: « machen lassen – laufen lassen und die unsichtbare Hand des Marktes agieren lassen » verteidigt hatten!

Hinsichtlich der allgemeinen Lage und in Reaktion auf die Äußerungen von Serge zum « Brussels Tax Forum » haben verschiedene Teilnehmer ihre Analysen mitgeteilt.

Christian FLOTTES (SNUI – Frankreich) unterstreicht, dass er im Tagesverlauf des 31. März diese Arroganz bei verschiedenen « Experten » feststellen konnte und entdeckte, dass sie eine Rolle der « Unterrichtsgeber » beibehielten und dass einige sogar « die Medien unterrichten » wollen, die ihrer Ansicht nach die realen Ursachen der Krise « nicht verstanden hätten ». Gemäß Christian gibt das eine ordentliche Dosis an Unmoral seitens der wahren Verantwortlichen für diese Krisen preis. Ihre Äußerungen geben immer die selbe Botschaft für die Verteidigung eines Finanz- und Wirtschaftssystems bekannt, das doch weitestgehend seine Grenzen gezeigt hat.

Albert VAN DE SANDE (UNSP – Belgien) deutet seinerseits an, dass, sofern er dieses Gefühl teilt, auch bestimmte Beiträge vom 30. März zu verzeichnen waren, die zeigten, dass die Debatten anscheinend weniger « politisch » ausgerichtet waren und dass diverse Teilnehmer auf die « Notwendigkeit, einer neuen ausgeglichenen Moral des Steuerwesens » bestanden haben. Und die Diskussionen haben nur in die eine Richtung, nämlich « Steuerminderung » geführt, welche bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Steuerpolitiken der Mitgliedsländer der europäischen Union dominiert hat.

Lorna MERRY (P.C.S. – Großbritannien) weist darauf hin, dass in Großbritannien eine große öffentliche Debatte auf der Grundlage der « moralischen Fragen » hervorbricht, die durch eine Folge

von zahlreichen Finanzskandalen ausgelöst wurde und dass die Verbreitung kritikwürdiger Steuerpraktiken gewisser großer Unternehmen einen starken Einfluss auf die öffentliche Meinung gehabt hat.

Punkt 5 – Fragebogen hinsichtlich der Entscheidungen der europäischen Regierungen angesichts der « Krise »

Zuerst erinnert der Vorsitzende des Steuerausschusses daran, dass der an die Gewerkschaften adressierte Fragebogen (4 Fragen) das Ziel hatte, eine Bestandsaufnahme der Entscheidungen zu machen, die von den europäischen Regierungen getroffen wurden um gegen die Auswirkungen der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise zu kämpfen. Entscheidungen, die auf dem Gebiet der Steuerpolitik und des Kampfs gegen Betrug sowie der negativen Auswirkungen der Steueroasen getroffen oder ins Auge gefasst wurden.

Zur Erinnerung, die Fragen waren folgende:

1°) Gab es eine Senkung bestimmter Verbrauchsteuern (MwSt hauptsächlich)? Wenn ja, welcher Satz? Und welche Bereiche oder Berufssektoren sind betroffen?

2°) Gab es eine Senkung bestimmter Direktsteuern (Einkommenssteuer, Gesellschaftssteuer oder Lokalsteuern)? Wenn ja, welche betreffenden Steuern und in welchem Ausmaß (Senkung des Steuersatzes, Steuerbefreiungen, usw.)?

3°) Wurden außerdem Steuermaßnahmen getroffen (oder ins Auge gefasst) um Pläne zur wirtschaftlichen Belebung zu organisieren? Wenn ja, welche?

4°) Sind die Existenz und die Rolle der « Bankenparadiese oder/und Steueroasen » Gegenstand öffentlicher Debatten (über Medien, Presse, Radio, Fernsehen ... oder durch neue Positionierungen seitens politischer Entscheidungsträger) in Anbetracht dieser Aktualität der Finanzkrise, die zuerst den Bankensektor erschüttert hat.

Diese Aufgabe zielte auf eine bessere Vorbereitung der Arbeiten des Steuerausschusses ab mit dem Bestreben einer höheren Effizienz durch die Ausarbeitung von Synthesen im Vorfeld von Sitzungen des Steuerausschusses und des kommenden Kongresses (Lissabon 2010).

Serge COLIN hat präzisiert, dass einige Antworten vor der Zusammenkunft am 16. April eingegangen sind und er die Teilnehmer zu einigen Kommentaren zu diesen Themen aufgefordert hat, und das in der Hoffnung, dass die Gewerkschaftsorganisationen schriftliche Antworten übermitteln, um eine Synthesearbeit durchzuführen, die später an alle verschickt wird.

Alle Delegationen haben die Situation in ihren jeweiligen Ländern dargestellt, wobei in mehreren Fällen präzisiert wurde, dass bestimmte Entscheidungen hinsichtlich der Steuerpolitik nicht immer direkt mit der Krisensituation zum Ende 2008 und zu Beginn 2009 zusammenhängen. Außerdem scheinen eventuelle Entscheidungen den Europawahlen am 7. Juni untergeordnet zu sein.

Unsere Kollegen Fernand MULLER (S.C.C.) und Irène THILL (A.F.E.E.) haben angegeben, dass im Zusammenhang mit der Krise in Luxemburg hinsichtlich der MwSt keine Änderungen vorgenommen wurden. Bei den Direktsteuern auf die Einkommen natürlicher Personen sind eine Senkung von 9 % der Bemessungsgrundlage und Steuergutschriften zu verzeichnen mit dem Ziel, den Konsum zu beleben. Hinsichtlich der Gesellschaftssteuern verzeichnet man die Senkung um 1 Punkt von 29,6% auf 28,6% mit dem erklärten Ziel, die 25,6% zu erreichen.

Fernand hat des weiteren angegeben, dass die « Affären » FORTIS und DEXIA einen nachhaltige Wirkung auf die öffentliche Meinung hatten und deutlich machten, dass die Commission de Surveillance des Institutions Financières (Kommission zur Überwachung der Finanzinstitute – Anm.d.Ü.), die die Banken überwacht, « nichts kommen sah » und in ihrer Alarmrolle ebenfalls versagt hat. Hinsichtlich des Themas Bankgeheimnis haben insbesondere die « Verhandlungen » des G 20 gezeigt, dass es ein Problem bei der gemeinsamen Definition gibt, was man als « Steuer- und Bankoase » bezeichnet. Die luxemburgische Regierung hat bei der OECD gegen eine fehlende Verständigung zwischen den Staaten protestiert, denn ihrer Ansicht nach kann man nur dann sagen, dass Luxemburg eine Steueroase ist, wenn die in Luxemburg realisierten Finanzanlagen die Erträge aus Steuerbetrug sind.

Unser griechischer Freund von der POE-DOY, Stergios CHYTOUDIS hat darauf hingewiesen, dass die MwSt nicht gesenkt wurde (mit Ausnahme einer Steuersenkung für das Tourismusgewerbe), im Gegenzug aber sukzessive Senkungen der Einkommenssteuer für natürliche Personen ab 2010 vorgesehen sind mit dem Ziel, über das Zwischenniveau von 25% bis 2014 auf 20% gesenkt zu haben. Die anderen Belebensmaßnahmen (mehrere Milliarden Euro!) betreffen direkte Hilfen an Banken und den Landwirtschaftssektor. Des weiteren wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen um

das « society offshore » zu bekämpfen, zum Beispiel mit einer Steuer von 3% auf Immobilien, die diese Gesellschaften in Griechenland besitzen.

Für Frankreich erinnert Serge COLIN (S.N.U.I.) daran, dass das Mittel des « steuerlichen Schutzschildes », welches darauf abzielt, die Besteuerung der reichsten Personen auf 50% ihrer Einkünfte zu begrenzen und das von der Regierung für 2007 beschlossen wurde, von Herrn SARKOZY trotz der Krisensituation nicht in Frage gestellt wird. Für die SNUI ist diese Entscheidung nicht akzeptabel, da sie die Reichsten von den notwendigen Solidaritätsanstrengungen befreit. Für den 1. Abschnitt der Steuertabelle ist nur eine geringfügige Steuersenkung geplant. Dann teilt Serge mit, dass es keine Bereitschaft der Regierung gibt, die MwSt zu senken (mit Ausnahme des Gaststättengewerbes – Senkung von 19,6% auf 5,5% - was einem ständigen und alten Antrag Frankreichs an Brüssel entspricht, dem kürzlich auf europäischer Ebene zugestimmt wurde). Insgesamt kann gesagt werden, dass sich die Regierung weigert, einen Plan zur wirtschaftlichen Belebung durch die Unterstützung des Konsums der Privathaushalte umzusetzen.

Was die ins Auge gefassten Maßnahmen zum Kampf gegen Steuerhinterziehung betrifft, fasst Serge die Dinge so zusammen, « dass es im Augenblick viele schöne Reden und Absichtserklärungen gibt, in Wirklichkeit aber in Frankreich die Steuerbediensteten der Meinung sind, dass ihnen die gesetzlichen Mittel, und hierbei Personalmittel fehlen, um ihre schwierige Aufgabe der Steuerprüfung umzusetzen ».

Für Dänemark führt Ole PEDERSEN (D.T.S.) aus, dass keine Senkung der MwSt vorgenommen wurde, dass aber die Steuerreform auf dem Gebiet der Einkommenssteuer für Privatpersonen auf eine Senkung des Spitzensteuersatzes von 61,5% auf 55% abzielt. Er stellt dann klar, dass es in Dänemark keine wirklichen Debatten um Steueroasen und Bankenskandale in der Öffentlichkeit gibt, wie es in den anderen Ländern Europas der Fall war. Abschließend erwähnt Olé die gefällte Entscheidung zur Möglichkeit der Freigabe von Rentensparplänen, um der Belebung des Konsums den Vorrang zu geben.

Nico GOOR (N.C.F.) teilt mit, dass in den Niederlanden MwSt-Senkungen für Berufsbereiche mit einem hohen Anteil an Handarbeit, wie das Baugewerbe, angestrebt werden und dass im übrigen die Entscheidungen auf dem Gebiet der Steuerpolitik denen sehr stark gleichen, die in Deutschland verabschiedet wurden, jedoch ohne wirkliche Neuigkeiten, die direkt mit der Finanz- und Wirtschaftskrise in Zusammenhang stehen.

Lorna MERRY (P.C.S.) gibt an, dass in Großbritannien ein sehr starker Rückgang der Haushaltseinnahmen zu verzeichnen ist. Was die Regierung veranlasst, im öffentlichen Dienst noch weiter zu streichen und eine Politik der umfassenden Reduzierung von Lohnkosten zu verfolgen. Lorna fügt aber hinzu, dass es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt für das Finanzpersonal keinen Verdienstaustausch gibt.

Helder FERREIRA (S.T.I.) erwähnt für Portugal, dass es keine MwSt-Senkung gab, im Gegenzug aber eine Senkung der Einkommenssteuer für Privatpersonen sowie eine Verringerung des Steuersatzes für Gesellschaften beschlossen wurde.

Des weiteren präzisiert er, dass die sozialistischen Parlamentarier das Bankgeheimnis aufheben wollen und fügt hinzu, dass « die Regierung eingeschlafen zu sein scheint und den Eindruck erweckt, das Ausmaß der Krise nicht zu erkennen, die auch Portugal erreicht ». Er ergänzt aber, dass es sehr wohl in der Öffentlichkeit über die Medien eine große Debatte wegen des Skandals um die Steueroasen und des Bankgeheimnisses gibt.

Albert VAN DE SANDE (U.N.S.P.) berichtet über die Situation in Belgien, indem er klarstellt, dass für das Gaststättengewerbe und den Bau von Neuimmobilien eine Senkung des MwSt-Satzes in Betracht gezogen wurde und dass hinsichtlich der Einkommenssteuer von der seit dem Jahr 2001 angewendeten Steuerreform die Vermögenden am meisten profitiert haben und dass anscheinend eine neue Reform nicht vor 2011 erwogen wird (Jahr der Parlamentswahlen).

Auf dem Gebiet der Gesellschaftssteuern setzt sich die Senkung des Nominalsatzes fort (33%) und das Hauptthema betrifft die « theoretischen Zinsen », die einen Abzug fiktiver Zinsen erlauben.

Punkt 6 – Die Tätigkeiten der Steuerprüfung und insbesondere diejenigen, die in Zusammenhang mit der «Lichtenstein-Affäre » stehen

Christian FLOTTES (S.N.U.I.) stellt die Situation der Steuerprüfungsaufgabe in Frankreich in drei Punkten dar:

- der beim Personal entstandene Eindruck ist der einer Prüfungsaufgabe, die allein statistischen Zwecken « gewidmet » ist
- die immer noch wachsende Bedeutung des Willens, Resultate zu erzielen und die realen Möglichkeiten zur Beitreibung der Nachsteuern, und dieses bereits bei der Arbeitsplanung und Vorbereitung der Prüfungstätigkeiten.
- die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Bediensteten und die negativen Auswirkungen des Stellenabbaus

Was die Ereignisse der « Liechtenstein-Affäre » betrifft, teilt Christian mit, dass es mehr als ein Jahr gebraucht hat, die von den anderen europäischen Behörden erhaltenen Informationen zu verwerten (ungefähr 200 Fälle). Ein Zeitraum, in dem die größte Geheimhaltung durch die nationalen Direktionen für Ermittlung oder Untersuchung aufrecht erhalten wurde. Erst in jüngster Zeit wurden verschiedene Informationen an die Presse gegeben, die über Prüfungen berichteten, die beispielsweise auf die Gesellschaften TOTAL, MICHELIN oder ADIDAS oder bestimmte Tochtergesellschaften von diesen abzielten.

Albert VAN DE SANDE (U.N.S.P.) bemerkt, dass, wenn die Gesetzgebung in Deutschland den Erhalt von wichtigen und konkreten Informationen, die den Kampf gegen Steuerbetrug erlauben, gegen Bezahlung gestattet, die Benutzung dieses Mittels in anderen Ländern Europas viele Fragen hervorruft, wie: « Ist es legal, diese Mittel zu verwerten? » oder « Wie regelt man einen Informationsaustausch zwischen den Behörden ohne vorherigen Antrag im offiziellen Rahmen? ».

Unser irischer Kollege Tom TALBOT (A.H.C.P.S.) führt aus, dass die « Liechtenstein-Affäre » anscheinend zu Steuerprüfungen in Deutschland und Frankreich geführt hat, während sie augenscheinlich keine Folgen für die anderen Länder der EU hat. Er fragt folglich, ob in den Informationen, die die deutschen Steuerbehörden erhalten haben, beispielsweise Informationen bezüglich irischer Steuerpflichtiger enthalten sind.

Der Vorsitzende des Steuerausschusses antwortet hierauf, dass in diesem Stadium die Informationen, von denen die Gewerkschaftsorganisationen (D.S.T.G. für Deutschland und S.N.U.I. für Frankreich) Kenntnis haben können, es nicht erlauben, Tom TALBOT zu antworten, da das Berufsgeheimnis in dieser « delikaten Angelegenheit » durch die Behörden « sehr gut gewahrt wird ».

Nebenbei erinnert er an die durch Dieter ONDRACEK zu Beginn des Steuerausschusses gelieferten Informationen.

Punkt 7 – Der Kampf gegen Steueroasen – die Beschlüsse des « G 20 von London »

Serge COLIN gibt in einer Kurzeinleitung an, dass bestimmte Meinungs austausche zu den vorherigen Punkten es bereits erlaubt haben, dieses Thema weitgehend zu besprechen. Er gibt einen kurzen Kommentar über den Inhalt des « G20 » in London und berücksichtigt dabei, dass über große Ansprachen und Absichtserklärungen hinaus es keine bedeutenden und radikalen Beschlüsse gab, um die verheerenden Folgen der Steueroasen innerhalb Europas zu bekämpfen. Er fasst die Dinge so zusammen: « *um zu sagen, dass das Fieber gefallen ist ... zerbricht man das Thermometer und lässt also die schwarze (oder graue) Liste der Steueroasen verschwinden, nur mit den schönen Versprechen einer besseren Zusammenarbeit »!*

Helder FERREIRA (S.T.I.) merkt an, dass Portugal sogar gerade für die Abschaffung des Bankgeheimnisses gestimmt hat, was ein erheblicher Fortschritt ist.

Albert VAN DE SANDE (U.N.S.P.) legt nahe, dass die U.F.E. die Bildung einer realen « Steuer-Task-Force » auf EU-Ebene fordern sollte, um einer schnellen Hilfe zwischen den Behörden den Vorrang zu geben und ebenfalls die Analyse und Entschlüsselung neuer Betrugsverfahren zu erlauben, die durch ein Land entdeckt wurden, um alle zweckdienlichen Informationen schnell « zu verteilen und gemeinsam zugänglich zu machen », um noch effizienter gegen Betrüger und die negativen Auswirkungen der Steueroasen kämpfen zu können.

Punkte 8 und 9 – Europäische Mindeststandards auf dem Gebiet der Besteuerung und Anwendung reduzierter Steuersätze im Rahmen von Bewilligungen der EU

Hinsichtlich dieser beiden Punkte schlägt Serge vor, dass unter Berücksichtigung der zahlreichen Meinungsäustausche zum Punkt 5 (in direktem Zusammenhang zu den Themen 8 und 9), aber auch auf Grund der zugeteilten Zeit, der Ausschuss hierauf später im Rahmen der Vorbereitung des Kongresses in Lissabon zurückkommen wird.

Punkt 10 – Die Situation in jedem Land hinsichtlich des Personals, der Löhne und Gehälter, Vergütungen und Renten mit den Beispielen Irlands, Lettlands und Ungarns.

Unter Berücksichtigung der vorherigen Debatten zu den Hauptpunkten der Tagesordnung des Steuerausschusses der U.F.E. werden jetzt die verschiedenen Beiträge der anwesenden Gewerkschaftsdelegationen hinsichtlich des sozialen Klimas in den verschiedenen Ländern der EU noch einmal dargelegt.

Folglich hat Fernand MULLER (S.C.C.) mitgeteilt, dass sich die Auswirkungen der Krise für die luxemburgischen Beamten bemerkbar machten, da die Regierung die Senkung der Beamtenbesoldung, und das insbesondere für Karriere-Einsteiger beschlossen hat. Das Empfinden unserer Kollegen kann durch das Gefühl ausgedrückt werden, dass die Beamten als « Sündenböcke » der Situation angesehen werden können. Er teilt mit, dass sich am 16. Mai 2009 die Gelegenheit einer großen Demonstration ergeben wird, auf der sich, dem Aufruf der großen Gewerkschaftsorganisationen folgend, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft versammeln werden. Das stellt eine « große Premiere » im Großherzogtum Luxemburg dar.

Albert VAN DE SANDE (U.N.S.P.) prangert die Politik des Stellenabbaus (10 % über 3 Jahre), aber auch den Schwund der Kaufkraft des Personals im öffentlichen Dienst an, die Aussichten auf schlechte Neuigkeiten eingeschlossen, was die Renten und eine Verlängerung der Beitragsdauer betrifft. Hinsichtlich des letztgenannten Punktes wünscht Albert, dass die U.F.E. bei den europäischen Behörden um die Durchführung einer Vergleichsstudie und folglich einer Bestandsaufnahme hinsichtlich der Lage der « Pensionäre » des öffentlichen Dienstes für alle Mitgliedsstaaten der EU bittet.

Giorgos KOUSKOULIS (P.O.E.-D.O.Y.) teilt mit, dass in Griechenland am 2. April 2009 ein Generalstreik der Beamten einen Erfolg ohne Gleichen erfuhr, mit einer massiven Beteiligung der Steuerbediensteten gegen die Entscheidung der Regierung, die Gehälter einzufrieren.

Franck O'DWYER (A.H.P.C.S.) erinnert seinerseits daran, dass am 21. Februar dieses Jahres mehr als 120.000 Demonstranten – ein Rekord – in den Straßen von Dublin gegen die Entscheidung der Regierung protestierten, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst zu senken (-7 %).

Serge COLIN (S.N.U.I.) teilt mit, dass in Frankreich an den Streiks und Demonstrationen am 29. Januar und 19. März dieses Jahres auch die Beamten, und insbesondere die des Bereichs Finanzen teilgenommen haben. Er stellt klar, dass die für den 1. Mai angekündigten Demonstrationen ebenfalls sehr wichtig sein sollten, solange das soziale Klima rauher wird.

Monika VARADI (V.P.F.S.Z.) erwähnt die Ankündigungen der ungarischen politischen Entscheidungsträger auf die Aussicht der Streichung 13. Monatsgehalts für die Beamten und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeiten für die Zollbediensteten.

Sie wünscht eine Äußerung seitens der UFE und ihrer Mitgliedsgewerkschaften durch eine unterstützende Botschaft, da die V.P.F.S.Z. solche Perspektiven des Sozialabbaus bekämpfen muss, wenn sie von der neuen ungarischen Regierung bestätigt werden sollten. Monika wird die U.F.E. in den nächsten Wochen über die Entwicklung der Lage in Ungarn informieren.

Zahlreiche Delegationen haben die selben Besorgnisse, Fragen oder Forderungen in bezug auf die Lage der Finanzbeamten in ganz Europa geäußert. Serge COLIN schlägt vor, im Namen der U.F.E. eine gemeinsame Pressemitteilung aufzusetzen, um dem « Verdruss » und der ganzen Unzufriedenheit des Finanzpersonals in Europa Ausdruck zu verleihen. Dieses Dokument kann durch alle Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern in den Tagen nach dem Steuerausschuss weitergeleitet werden

Der Vorsitzende des Steuerausschusses schlussfolgert zu diesen Themen: « Sagen, dass wir in unseren jeweiligen Ländern angesichts bestimmter Reformen nicht allein sind und sagen, dass man uns oft hinsichtlich der Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten der EU anlügt, was für die U.F.E. der Anlass ist zu zeigen, dass wir den Gewerkschaftskampf gemeinsam führen können ».

(Der von Serge ausgearbeitete Entwurf der Pressemitteilung wurde in den darauf folgenden Tagen durch Dieter bestätigt und konnte durch jede Organisation genutzt werden).

Punkte 11 und 12 – Verschiedene Fragen und nächster Steuerausschuss

François GORIS (N.U.O.D. –Belgien) hat die Idee, ein « Memorandum » zu verfassen, das alle Analysen und Positionen der Mitgliedsgewerkschaften umfasst, damit die U.F.E. in den folgenden Monaten diese Forderungen bei unseren Ansprechpartnern (Brüsseler Kommission, Europaparlamentarier, usw...) vortragen kann.

Serge COLIN in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Steuerausschusses teilt mit, dass es legitim ist, sich Fragen bezüglich der künftigen Termine der UFE in 2009 – 2010 zu stellen. Er erinnert daran, dass Herr WIEDOW auf dem Kongress von Budapest, nachdem er an den Arbeiten des Steuerausschusses teilgenommen hat, ankündigte, uns für ein Treffen in Brüssel zur Verfügung zu stehen. Serge fügt hinzu, dass die heutige Situation und die Probleme des Steuerwesens sowie der Betrugsbekämpfung, die auf dem « Brüsseler Forum » im vergangenen März unter der Leitung von Herrn KOVACS angesprochen wurden, auch Anlass für die Vertreter der UFE sind, die Gelegenheiten von Treffen und Anfragen mit und bei unseren Ansprechpartnern zu vervielfachen.

Dieter ONDRACEK in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der U.F.E. weist darauf hin, dass er regelmäßig die Gelegenheit hat, die Kontakte zu TAXUD weiterzuführen (einmal im Monat oder nahezu) und dass die U.F.E. bei unseren Ansprechpartnern wohl bekannt und anerkannt ist. Seinerseits schätzt er ein, dass die Zeit der Europawahlen eine Periode ist, die vielleicht schwierig zu nutzen ist, da der 7. Juni sehr schnell kommen wird und dass die jetzigen Europaparlamentarier (für jeden Mitgliedsstaat!) in einigen Wochen nicht mehr die selben sind und sogar die Europakommissare, die wir heute kennen und treffen, in folgenden Monaten vielleicht nicht mehr in ihren Ämtern sind

Zum Abschluss der Arbeiten dieses Steuerausschusses dankt Serge COLIN den Teilnehmern herzlich für die Qualität der Beiträge und weist darauf hin, dass man sich erneut mit den Treffen der UFE für 2009-2010 beschäftigen muss, unsere Kontakte intensivieren muss, um die Informationen, welche von allen Gewerkschaftsorganisationen kommen, besser verwerten zu können und damit unserer gemeinsamen Arbeit den Vorrang zu geben. Das ist auch eine Erfolgsgarantie für die Arbeiten zur Vorbereitung des nächsten Kongresses in Lissabon im September 2010.